

Bulletin über die operative Entfernung der Prostata des Präsidenten der V. französischen Republik.

Um der Würde seines Amtes und der Stabilität seines Staates willen hatte der kranke Präsident die notwendig gewordene Operation zum Geheimnis erklärt. Die Vorbereitungen waren in aller Stille getroffen, die Tarnmanöver vom Patienten selbst ausgeklügelt worden.

Nur Premierminister Pompidou, Informationsminister Peyrefitte, Innenminister Frey und Gesundheitsminister Marcellin waren von Elysée-Generalsekretär Burin des Rozières über die Operation unterrichtet worden.

Seinen verfassungsmäßigen Ersatzmann und schärfsten innenpolitischen Gegner schaltete der General aus: Der farbige Senatspräsident Gaston Monnerville, der theoretisch die Zügel der Staatsführung übernehmen mußte, wenn der Präsident durch Krankheit oder Tod aus dem Amt gerissen wird, wurde auf Befehl de Gaulles nicht informiert.

Des General-Staatschefs weißes Telefon mit rotem Knopf, die direkte Verbindung vom Elysée-Palast zur Befehlszentrale der französischen Atomstreitmacht, ließ er im Büro Pompidous aufstellen.

Am Donnerstag vorletzter Woche pries der General im Fernsehen die Leistungen seines Regimes. Er sah sich noch selbst um 20 Uhr über den Bildschirm flimmern. Dann, um 21 Uhr, fuhr er mit Madame Yvonne im schwarzen Citroën ohne Eskorte vom Elysée-Palast ab. Sein letzter Befehl: „Daß nichts bekannt wird vor morgen abend 8 Uhr!“

Das Geheimnis wurde erfolgreich gehütet, obschon das Datum der Operation bereits im März, vor de Gaulles Mexikoreise, festgelegt worden war. Im ersten Stock des zum Cochin-Spital gehörenden Pavillon Ollier wurden die Fenster des für de Gaulle bestimmten Zimmers mit kugelsicherem Glas versehen.

In der zweiten Aprilwoche verlegte die Krankenhausdirektion die Patienten der Nachbarzimmer in andere Stockwerke. Ein extrem langes Bett, das gewöhnlich die baldige Ankunft des langen Generals verrät, wurde aufgestellt. Durch die Hospitalverwaltung ließ de Gaulle austreten, das Bett sei „für den König von Kambodscha“.

König Charles ließ vom Elysée einen genauen Kalender seiner Verpflichtungen für die Woche vom 18. bis 26. April herausgeben. Am 17. April um 8 Uhr lag er unter dem Messer des Urologen Aboulker von der Pariser Universität. Der Anästhesist hatte Anweisung, zur Schonung des Herzens von de Gaulle nur in kleinsten Dosen zu betäuben. Nach einer Stunde und 40 Minuten war der General von der quälenden Drüse befreit. Er schlummerte bis 13.40 Uhr.

Um diese Zeit schwirrten schon die Gerüchte durch Paris. Der Chef des Pariser dpa-Büros, Ernst Burkart, hatte die Neuigkeit als einer der ersten, erinnerte sich jedoch der falschen dpa-Meldung vom Tode Chruschtschows und wartete, bis die Gerüchte sich verdichteten.

Das Objekt eines denkbaren Eingriffs ließ sich anhand der Krankengeschichte de Gaulles nicht lokalisieren:

- ▷ 1914 traf ihn in den Ardennen ein Granatsplitter oberhalb des Knies;
- ▷ wenig später verletzte ihn eine Wehrkugel in der Nierengegend;

▷ 1953 unterzog er sich in Genf einer Augenoperation am grauen Star;

▷ seit etwa der gleichen Zeit quält ihn ein Magengeschwür.

De Gaulles Prostata machte erstmals 1960 Schwierigkeiten. 1963 wurden die Beschwerden quälender. Dreimal begab er sich zu Professor Aboulker ins Hospital Cochin an der Porte d'Italie. Amtliche Version: Routine-Untersuchung.

Nach de Gaulles Einzug ins Krankenhaus wurde die Verschleierung konsequent fortgesetzt. Informationsminister Peyrefitte noch am Freitagnachmittag: „Ich weiß von gar nichts.“ De Gaulles Kabinettschef Galichon erklärte sogar: „Der General arbeitet in seinem Büro.“

Erst elf Stunden nach der Operation — die immerhin in vier Prozent der Fälle tödlich verläuft —, um 19.15 Uhr, rückte der Elysée-Palast mit der Wahrheit heraus.

Die publicityscheue Madame de Gaulle verließ nun zum erstenmal das Hospital, um statt in der Hauskapelle in der nahen Pfarrkirche zu beten.

Für manchen Patienten, wie den Briten-Premier Macmillan, beschleunigte der Prostata-Eingriff das Ende der politischen Laufbahn.

Im allgemeinen freilich hat die operative Entfernung der Vorsteherdrüse keinerlei schädliche Nachwirkungen. Prostata-Patienten sind nach glücklich

die heraufgezogenen Schatten zu verdrängen suchte, tummelten sich seine potentiellen Nachfolger vor dem Volk: Sozialist Defferre, Rechtsextremist Tixier - Vignancour, Radikalsozialist Cornu. Die rechtsstehenden Unabhängigen bedrängten ihren Altmeister und Währungsreformer Pinay, die Volksrepublikaner ihren Präsidenten Lecanuet, für die Präsidentschaftswahlen zu kandidieren.

Die Krankheit des bald 74jährigen de Gaulle, so meinen die Sozialisten, hat vor allem Defferre erstmals reale Chancen gegeben, gegen den General zu bestehen, falls der wieder kandidiert. Defferre hat versprochen, im Falle seines Wahlsiegs die patriarchalische Regierungsform de Gaulles abzuschaffen und kollegial zu regieren.

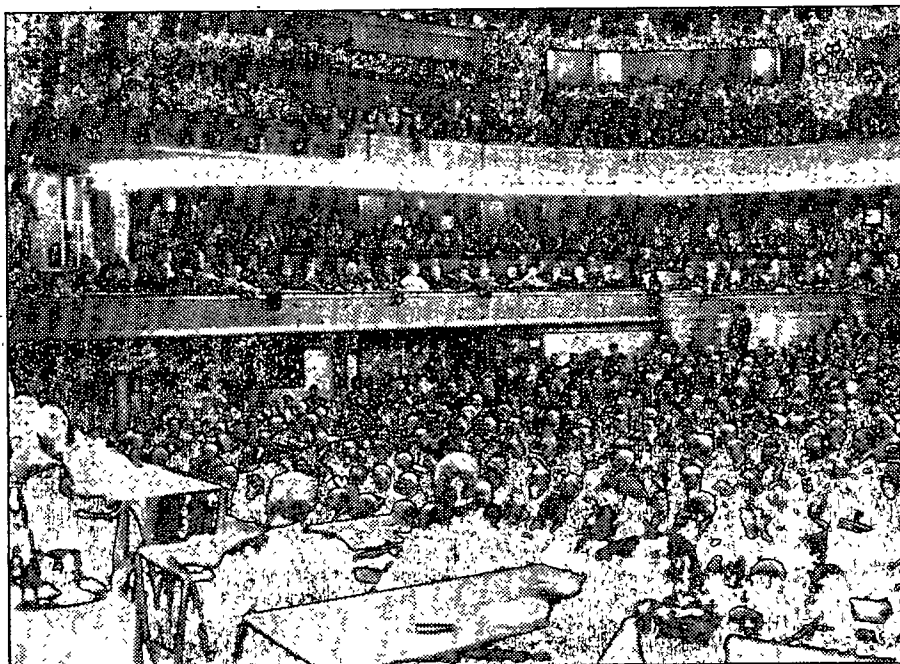
Schrieb die linksextreme „Libération“: „Ein Kollegium hat keine Prostata.“

FIRMENKRISE

Herr im Haus

Das Pariser Théâtre des Champs-Elysées zeigte ein ungewöhnliches Gastspiel. Mehr als 2000 wütende Aktionäre beschimpften den Präsidenten ihrer Gesellschaft, der auf der Bühne Platz genommen hatte.

Gegenstand der turbulenten Versammlung war die Sanierung der Com-



Bull-Aktionäre im Théâtre des Champs-Elysées: General gegen General Electric

überstandener Operation leistungsfähig wie zuvor. So hinderte den französischen Weltkrieg-I-Premier Clemenceau eine 1914 im Alter von 73 Jahren überstandene Prostata-Operation nicht, vier Jahre später Frankreich zum Sieg über Deutschland zu führen. Auch für den General besteht daher wahrscheinlich keine Veranlassung, auf seine für den Präsidentschaftswahlkampf 1965 geplante Kandidatur zu verzichten.

Dennoch zögerten seine politischen Gegner nicht, aus der Erkrankung des Staatschefs politische Münze zu schlagen.

Während Patient de Gaulle im weißen Pyjama mit blauen Streifen im Hospital Cochin die ersten Schritte machte und

pagnie des Machines Bull, der bedeutendsten französischen Herstellerin von Lochkartenmaschinen und Elektronenrechnern, die es im vergangenen Jahr auf 104 Millionen Mark Verlust gebracht hatte. Aktionärs-Kommentar aus dem Parkett: „So viel Geld hat mich ein Theaterplatz noch nie gekostet.“

Der Sturz der Glamour-Gesellschaft, deren Aktien 1960 zum Kurs von fast 1900 gehandelt worden waren, zum sanierungsreifen Verlustunternehmen mit einem Kurs von 140 war durch die Konkurrenz eines amerikanischen Unternehmens verursacht worden.

Im Wettlauf mit dem übermächtigen Konzern International Business Machines (IBM) war der französischen

Firma der Atem ausgegangen. Die IBM-Amerikaner haben fast zehnmal soviel Beschäftigte wie Bull (140 000 gegen 15 000) und den dreißigfachen Umsatz (11,4 Milliarden gegen 373 Millionen Mark); einen großen Teil ihrer Forschungs- und Entwicklungskosten trägt der amerikanische Staat.

Die Verkaufserfolge von IBM mit ständig verbesserten Elektronenrobotern zwangen Machines Bull zu massivem Aufwand für Forschung und Kundendienst. Auch die von den Amerikanern forcierte Praxis, Rechengänge zu vermieten statt zu verkaufen, mußte Bull mitmachen, obwohl sie den Ertrag drosselt und beträchtliche Mittel zur Vorfinanzierung erfordert.

Da die französische Firma ihre kostspielige Roboter-Produktion nicht aus den Erträgen anderer Geschäftszweige alimentieren konnte, wie es in Westdeutschland etwa Siemens oder AEG tun, brach im vergangenen Jahr die finanzielle Krise offen aus.

Auch bundesdeutsche Aktionäre waren davon betroffen; im Juni 1962 hatte Bull seine Aktien an der Frankfurter Börse zum Kurs von 415 eingeführt.

Ein Jahr später fahndete Bulls Präsident und Großaktionär (rund 40 Prozent des Aktienkapitals) Joseph Callies angesichts des amerikanischen Feindes IBM nach einem Retter. Er fand ihn in einer anderen amerikanischen Firma, der General Electric (GE), die an einem Stützpunkt in Europa interessiert war.

Rund ein Fünftel des Bull-Kapitals, so wurde vereinbart, sollte GE für 100 Millionen Mark erwerben. Außerdem wollten die Amerikaner mit einer Kreditspritze von zunächst 32 Millionen Mark die größte Not des Unternehmens beheben.

Da Joseph Callies für seine Gesellschaft im ganzen einen Kapitalbedarf von 650 Millionen Mark errechnet hatte, war die weitere Entwicklung vorauszu-sehen: General Electric würde Herr im Hause Bull werden.

Damit wurde die Firmen-Misere zur Staatsaffäre. Vehement brach die Amerika-Allergie des General-Staatschefs de Gaulle aus. Vorher hatte schon die US-Automobilgesellschaft Chrysler den General erzürnt, als sie eine 25-Prozent-Beteiligung an den französischen Simca-Werken in aller Stille zur Mehrheitsbeteiligung erweiterte.

Von einer Partnerschaft zwischen GE und Bull befürchtete der Präsident jetzt, daß seine atomare Force de frappe unter amerikanischen Einfluß geraten könnte: Bull arbeitet an elektronischen Ausrüstungen für Frankreichs Raketen. De Gaulle verordnete deshalb dem Unternehmen eine französische Sanierung und Schutz vor dem US-Angriff.

Finanzminister Giscard d'Estaing kommandierte mehrere staatseigene oder von Regierungsaufträgen abhängige Firmen zur Bull-Hilfe. So mußten sich unter anderem das staatliche Finanzinstitut Caisse des Dépôts et Consignations sowie die Privatkonzerne Compagnie Générale d'Électricité und Compagnie de Télégraphie Sans Fil bereit erklären, an einer Kapitalerhöhung bei Bull von 28 Millionen Mark teilzunehmen.

Die Regierung selbst stellte einen Sofortkredit von 36 Millionen Mark und weitere Kredite und Aufträge im Wert von rund 600 Millionen Mark für die nächsten vier Jahre in Aussicht. Elektro-

nengeräte für den Staatsgebrauch, bisher zu drei Vierteln von IBM geliefert, sollen künftig nur noch bei Bull gekauft werden.

Diese Vorschläge zu sanktionieren, waren die Aktionäre ins Theater geladen worden. Doch ihnen erschien die US-Offerte ungleich verlockender.

Der hartbedrängte Bull-Präsident Joseph Callies hatte seinem aufgebrachten Publikum nur einen schwachen Trost zu bieten: Die US-Firma ist noch nicht ganz aus dem Rennen. Finanzminister Giscard d'Estaing hatte sich bereit gefunden, den Amerikanern bei Bull wenigstens einen bescheidenen Platz zu reservieren.

Dazu soll die Firma in eine Holdinggesellschaft mit drei Töchtern umgewandelt werden: je einem Unternehmen ausschließlich

▷ für Verteidigungsaufträge,

▷ für zivile Forschung und Produktion und

▷ für Handel.

An den beiden nichtmilitärischen Firmen darf sich General Electric beteiligen. Als Callies gestand, daß er über die Höhe dieser Beteiligung noch nichts wisse, brach im Saal Tumult aus.

Dennoch blieb bei der Schlußabstimmung General de Gaulle Sieger. Bull-Präsident Callies hatte auf die Aktionärsfrage, welche Folgen die Ablehnung des Regierungsultimatums haben würde, treuherzig geantwortet: „Dann sind wir übermorgen pleite.“

TÜRKEI

ZYPERN

Stunde der Verzweiflung

Die Türkei, Eckstein der Nato-Südostflanke, droht sich mit Moskau auszusöhnen. Der Grund: Die Türken sind über die pro-griechische Haltung Washingtons im Zypern-Konflikt verbittert.

Zürnte Türkenpremier Mustafa Ismet İnönü, 79, in einem Interview: „Wenn unsere bisherigen Verbündeten uns nicht mehr Hilfe leisten als bisher, dann wird das (Nato-)Bündnis in sich zusammenfallen.“ Und: „Wir haben den Amerikanern vertraut — dafür müssen wir jetzt büßen.“

Die Türkei fühlt sich von ihren westlichen Verbündeten verraten. Zu Beginn des Zypern-Konflikts hatten die Türken Grund, auf amerikanische und britische Hilfestellung bei ihrer Forderung nach einer Teilung der Insel in eine griechische und eine türkische Zone zu rechnen. Washington und London hatten der Regierung İnönü einen solchen Beistand zugesichert und Ankara dafür das Versprechen abgewonnen, keine türkischen Truppen auf der Insel zu landen.

Die Anglo-Amerikaner fürchteten, eine türkische Zypern-Invasion würde eine Intervention der Sowjets nach sich ziehen. Denn Zypern-Staatschef Erzbischof Makarios hatte sich von Sowjetpremier Chruschtschow versprechen lassen: „Die Sowjet-Union wird bei einer türkischen Invasion nicht untätig bleiben.“

Indes, unter dem Druck der Extremisten in der zyprischen Revolutionsbewegung Eoka, die von 1955 bis 1958 den Unabhängigkeitskampf gegen die Briten führten und jetzt die bewaffneten Einheiten im Kleinkrieg gegen die Zypern-Türken stellen, unternahm Makarios einen entscheidenden Kurswechsel: Er gab seine neutralistische Politik auf, fuhr Mitte April nach Athen und verhandelte über die Möglichkeit, seine Insel mit Griechenland zu vereinen und sie in den Nato-Verband einzugliedern.

Washington und London unterstützten nun den Wunsch der Zypern-Griechen nach „Enosis“ — dem Anschluß der Insel an das Hellenenreich. Die Westmächte erwogen, der Türkei als Ausgleich einen Teil Griechisch-Thraziens oder eine griechische Insel an der türkischen Ägäis-Küste — etwa Lesbos oder Rhodos — zu überlassen.

In der Türkei brach sich Enttäuschung Bahn. Der Schwiegersohn İnönüs und Herausgeber der Regierungszeitung



Türkenpremier İnönü: Der Schwiegersohn fragte, wird Treue bestraft?